

MURAT ÇAKIR

DIE NEUEN STÜTZEN DES AKP-REGIMES

WARUM GÄNGIGE LESARTEN DES PUTSCHVERSUCHES IN DER TÜRKEI VON LINKS HINTERFRAGT WERDEN MÜSSEN

Der Putschversuch vom 15. Juli 2016 und dessen Auswirkungen auf die türkische Politik haben eine Welle von Kommentaren ausgelöst, deren Wucht einen klaren Blick auf die Ereignisse verstellt. Viele Analysen und Kommentare – auch von Linken –, die vor Wunschenken, Klischees und realitätsfernen Wahrnehmungen geradezu strotzen, werden der komplexen Lage in der Türkei nicht gerecht und tragen wenig zur Aufklärung bei. Mit den falschen Fährten, die von der interessegeleiteten Berichterstattung bürgerlicher Medien gelegt werden, wird es für die Öffentlichkeit immer schwieriger, die Hintergründe der aktuellen Entwicklungen in der Türkei nachzuvollziehen.

Als Beispiel für klischeehafte linke Kommentare könnte der jüngste Artikel von Sungur Savran dienen. Savran spricht allen Ernstes von einem «sich lange hinziehenden Bürgerkrieg zwischen zwei Seiten der Bourgeoisie». ¹ Im Kern sei «dieser Putsch ein Kampf zwischen dem Teil der herrschenden Klassen in der Türkei, der eine strategische Anbindung an den Westen» wolle, und «der wachsenden Fraktion der Bourgeoisie, die ihr Schicksal an Erdoğan gebunden» habe. Die «vormals provinzielle Bourgeoisie» habe «ein politisch-ökonomisches Programm der islamischen Einheit» hervorgebracht. Am Ende bescheinigt er Erdoğan, mit seinem Gegenputsch im «Bürgerkrieg innerhalb des Bürgerkrieges» eine Situation geschaffen zu haben, in der «er endlich «den Völkern» der Türkei seinen Willen aufzwingen» könne.

Diese oberflächliche Analyse passt zu der manipulativen Berichterstattung bürgerlicher Medien, die unisono in der «Erdoğan-Diktatur» eine «Abwendung vom Westen» sehen. Als ob vor dem 15. Juli die Türkei ein Hort der parlamentarischen Demokratie, der bürgerlichen Freiheiten und des Friedens gewesen wäre. Als ob das Regieren per Dekrete für die Türkei etwas völlig Neues wäre.

Angesichts der vielen irreführenden Einschätzungen bedarf es einer Intervention von links und die Beantwortung folgender Fragen: Wird sich die Türkei vom Westen entfernen? Bedeuten die Maßnahmen nach dem Putschversuch, dass eine islamische Diktatur unter Erdoğan installiert wird? Was wird aus der NATO-Mitgliedschaft? Gibt es einen «Bürgerkrieg» zwischen der «amerikanischen Opposition» innerhalb der türkischen Bourgeoisie und der «vormals provinziellen Bourgeoisie»? Ist das «politisch-ökonomische Programm der isla-

mischen Einheit» eine Alternative zum Neoliberalismus? Wie sehen die Perspektiven für die nahe Zukunft der Türkei aus?

STAATLICHE SOUVERÄNITÄT ALS HANDLUNGS-GRUNDLAGE IN DER VIELFACHKRISE

Es steht außer Frage, dass das AKP-Regime sich in einer Vielfachkrise befindet: Die ideologischen Grundlagen des türkischen Staates sind erodiert. Sowohl der Kemalismus als auch der politische Islam sind entzaubert und können die Rolle eines «Bindemittels» zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten nicht mehr jeweils allein ausfüllen. Auch die Metamorphose des kemalistischen Laizismus scheint rückgängig gemacht zu werden. ² Einige Beobachter sprechen sogar von einer neuen «Säkularisierungswelle», die bald beginnen werde. Der Putschversuch hat die Machtverhältnisse durcheinandergebracht. Daher spricht Erdoğan von der «notwendigen Neustrukturierung des Staates», womit jedoch keineswegs sein vormals favorisiertes Präsidialsystem gemeint ist. Auch wenn Erdoğan diese Pläne nicht gänzlich verworfen hat, so hat er doch erkennen müssen, dass deren Realisierung derzeit nicht möglich ist. In einer Situation der außenpolitischen Isolierung, des sich erhöhenden Drucks vonseiten der strategischen Partner und der Unterwanderung des Staatsapparates durch die Gülen-Bewegung ist das Regime gezwungen, die Macht mit der bürgerlichen Opposition zu teilen und Konzessionen zu machen. Denn die beabsichtigte «Neustrukturierung des Staates» ist mehr als die Neuordnung der Verhältnisse zwischen der Regierung und der militärischen Bürokratie beziehungsweise die Umgestaltung des Staatsapparates durch Neueinstellungen. Das AKP-Regime steht an ei-

ner kritischen Schwelle seiner Geschichte – die Kräfteverhältnisse, die ökonomische Lage, der Grad der Zugeständnisse, die Erdoğan zu machen bereit ist, die weitere Entwicklung in der Region, vor allem in Syrien, sowie die mögliche Erneuerung der strategischen Partnerschaften werden entscheiden, wie diese Neustrukturierung am Ende aussehen wird.

Die Türkei befindet sich in einer Umbruchphase, die durch die starken Strudel der multipolaren Spannungen der Region verkompliziert wird. Mit dem Rücken an der Wand, versucht das AKP-Regime in der selbstverursachten gefährlichen Situation der Vielfachkrise die staatliche Souveränität als Grundlage für ihr Handeln voll auszuschöpfen. Im April 2016 schrieb Axel Gehring dazu Folgendes: «Ein Faktum wird nur allzu gern übersehen: Die Türkei und namentlich die türkische Regierung ist nicht die «Handlangerin westlicher Interessen», wie vielleicht allzu schlicht gestrickte Antiimperialismen nahelegen. Sie ist vielmehr die Regierung eines souveränen Staates innerhalb und auf den Schultern der transatlantischen Ordnung. *Ihren* Nexus von EU-, IWF-Reformen und politischem Islam hatte sie innerhalb dieser Ordnung angesiedelt.»³ Erdogans Beharren auf Souveränität führt eben zu den bekannten Missstimmungen aufseiten der strategischen Partner. Die USA und die EU wollen jeweils ihre Linien dem AKP-Regime diktieren, und dieses versucht, seine eigene Herrschaft abzusichern und Schadensbegrenzung zu betreiben. Aber eine Abwendung vom Westen ist nicht beabsichtigt.

«TÜRKISCH-RUSSISCHER FRÜHLING» ODER STRATEGISCHER SACHZWANG?

Für den türkischen Staat war Russland beziehungsweise früher die UdSSR ein wichtiges Faustpfand in ihren Beziehungen zum Westen. Selbst Republikgründer Mustafa Kemal stach mit der «russischen Karte» erfolgreich gegen England und Frankreich. Sowohl die UdSSR als auch die junge kemalistische Republik hatten gemeinsame Interessen: Beide mussten sich ihre innenpolitische Legitimität und die außenpolitische Anerkennung sichern, weshalb sie 1925 einen Freundschaftsvertrag abschlossen. Die «Freundschaft» währte bekanntlich nicht lange – die Türkei trat 1952 der NATO bei, aber immerhin wurde die türkische Schwerindustrie teilweise von der UdSSR aufgebaut.

In den 1990er Jahren intensivierten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Russland. Bis zum Abschuss des russischen Jets am 24. November 2015 war Russland einer der wichtigsten Handelspartner der Türkei. Während russische Touristen bis 2014 für Einnahmen von durchschnittlich drei Milliarden US-Dollar im Jahr sorgten, die türkische Bauwirtschaft sich vieler Aufträge in Russland erfreute und die türkische Landwirtschaft ihre Exporterlöse vergrößern konnte, wurde die Türkei für Russland nach der EU zum zweitgrößten Energieabnehmer. Die Türkei bezieht rund 54 Prozent ihres Erdgasbedarfs aus Russland. Die Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen nach dem 24. November 2015 ist die Türkei sehr teuer zu stehen gekommen. Die Tourismusbranche geriet an den Rand des Ruins, der Obst- und Gemüseexport ging um die Hälfte zurück und unabhängige Ökonomen bezifferten den Verlust der Türkei auf über sieben Milliarden US-Dollar.

Insofern war es eine logische Schlussfolgerung, dass Erdoğan die Wogen glätten musste. Das Erdoğan-Putin-Treffen am 9. August 2016 brachte zutage, dass die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen in beiderseitigem Interesse war: Russland behält seinen wichtigen Erdgaskunden,

kann den AKW-Bau in Akkuyu fortführen, das Gaspipeline-Projekt «Turkish Stream» weiter vorantreiben und den Preisanstieg auf dem inländischen Obst- und Gemüsemarkt drosseln. Und Putin machte deutlich, dass er, quasi als Gutmachung für den Abschuss des russischen Jets, von der Türkei erwartet, die Unterstützung für islamistische Terrorbanden zu beenden und sich für eine politische Lösung in Syrien einzusetzen. Erdoğan wiederum kann die türkische Exportwirtschaft und die Tourismusbranche beruhigen, aber viel wichtiger für ihn ist, dass er mit der «russischen Karte» seine Position gegenüber der NATO, den USA und der EU verbessern kann.

Ob das gelingt, ist noch offen, denn für Erdoğan und das AKP-Regime ist das Ganze eine verzwickte Sache. Putin sitzt am längeren Hebel. Die Wiederaufnahme der Beziehungen passt nicht in den Rahmen der derzeitigen Russland-Strategie der NATO und Erdoğan muss zugleich die Interessen seiner Partner in Saudi-Arabien und in den Golfkooperationsstaaten berücksichtigen. Außerdem muss er, ob er will oder nicht, die «Pakistanisierung» des türkisch-syrischen Grenzgebietes verhindern, was an sich schwer zu bewerkstelligen ist. Die Gefahr des Terrorimports ist größer geworden. Russland wird die kurdischen Kräfte in Nordsyrien, die von der Türkei bekämpft werden, weiter unterstützen. Mehrfach von der AKP-Regierung gezogene «rote Linien» sind längst obsolet geworden. Und Erdoğan weiß, dass Putin sich bewusst ist, dass die Türkei ihre NATO-Mitgliedschaft nicht aufkündigt werden wird. Eine Aufnahme der Türkei in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit steht ebenfalls nicht zur Debatte. Eine geschwächte türkische Regierung in der NATO, die von ihren Partnern unter Druck gesetzt wird, ist für Russland eine viel bessere Option.

Trotz allem muss Erdoğan die Beziehungen zu Russland verbessern. Es ist ein strategischer Sachzwang, der zwar Risiken beinhaltet, aber keineswegs eine Abkehr vom Westen bedeutet. Allen Unkenrufen zum Trotz wird die Türkei ein fester Bestandteil des transatlantischen Bündnisses bleiben, von dem sie wirtschaftlich, strategisch, militärisch und auch politisch abhängig ist. Wie der stellvertretende Ministerpräsident Mehmet Şimşek es zutreffend formulierte: «Es kann manchmal sein, dass wir mit unseren westlichen Bündnispartnern und Freunden Meinungsverschiedenheiten haben, aber die Türkei entfernt sich nicht vom Westen und verzichtet nicht auf die Europäische Union.»⁴ Er muss es wissen, denn er ist zuständig für die Banken und war jahrelang Wirtschafts- und Finanzminister.

Außerdem sieht Erdoğan in Russland und Iran Verbündete, die seinen Verdacht, dass Kräfte in der NATO den Putschversuch unterstützt haben, teilen. Die Tatsache, dass Russland und Iran die ersten Staaten waren, die sich nach dem Putschversuch hinter die AKP-Regierung gestellt haben, deutet darauf hin, dass Erdogans Verdacht mehr ist als eine Spekulation. Da auch Iran die Türkei als einen wichtigen Energieumschlagsplatz ansieht und seine Wirtschaftsbeziehungen zu ihr verbessern will, ist das Land neben Russland ein weiterer willkommener Partner, was Erdoğan bei der Erneuerung der strategischen Partnerschaften mit dem Westen in die Waagschale zu werfen wissen wird.

**BÜRGERKRIEG NICHT ZWISCHEN, SONDERN
IM NAMEN DER TÜRKISCHEN BOURGEOISIE**
Savran hat nicht unrecht, wenn er von einem «Bürgerkrieg» spricht. Dieser findet jedoch nicht zwischen den Kapitalfraktionen statt. Seit nunmehr fast 30 Jahren findet in

Nordkurdistan, also in den kurdischen Gebieten der Türkei, ein blutiger Bürgerkrieg statt – mit allen Mitteln eines asymmetrischen Krieges. In den letzten Jahren und insbesondere nach dem 7. Juni 2015 hat dieser an Schärfe zugenommen. Es ist ein schmutziger Krieg des türkischen Staates gegen die eigene kurdische Bevölkerung und zugleich ein Herrschaftsinstrument, um Widerstandspotenziale zu schwächen sowie die Spaltung der gesellschaftlichen Opposition voranzutreiben. Wer jedoch wie Savran die kurdische Befreiungsbewegung «im Bündnis mit dem US-Imperialismus» sieht,⁵ sucht die «Bürgerkriegsparteien» woanders.

Erdoğan hat lange Zeit die im Staatsapparat gut vernetzte Gülen-Bewegung gewähren lassen, um mit ihrer Hilfe die kurdische Befreiungsbewegung endgültig zu vernichten. Willkürjustiz, Feindstrafrecht, extralegale Hinrichtungen, Terror, Folter, Zwangsumsiedlungen und Zerstörungen von Ortschaften konnten den kurdischen Widerstand aber nicht brechen. Im Gegenteil: Dieses Vorgehen gegen die Kurden führte sogar dazu, dass unterschiedliche linke und sozialistische Parteien gemeinsam mit den legalen Teilen der kurdischen Bewegung ein Linksbündnis aufbauten, das die soziale Frage in den Vordergrund stellte und sich mit den unterschiedlichen Widerstandsherden solidarisierte, die sich überall im Land formiert hatten. Obwohl sie vorher nicht miteinander verbunden waren, bilden sie nun einen gesellschaftlichen Block gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der AKP. Der Widerstand der Tekel-Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen Ende 2009, Anfang 2010 sowie der «Juni-Aufstand» rund um den Gezi-Park in Istanbul 2013 erschütterten das Regime. Während der kurdische Widerstand, auch mit Rückenwind aus Rojava, stärker wurde, stieß der Privatisierungs- und Gentrifizierungswahn der Regierung auf gesellschaftlichen Widerspruch. Der Machtkampf zwischen Erdoğan und der Gülen-Bewegung, der mit den Korruptionsvorwürfen im Dezember 2014 seinen Höhepunkt erreicht hatte, zermürbte das AKP-Regime trotz seiner Wahlerfolge weiter und so musste seine Macht mit immer autoritäreren Maßnahmen abgesichert werden.

In all dieser Zeit stand die türkische Bourgeoisie hinter dem AKP-Regime. Natürlich gab es auch immer wieder Interessenkonflikte: Während die sogenannten sunnitisch-konservativen Kapitalfraktionen, also die anatolischen Mittelständler, staatlichen Schutz vor der Konkurrenz der internationalen Monopole einforderten und die Präsidialsystempläne Erdoğan's unterstützten (diese Pläne waren quasi ein Protektoratsversprechen an diese Kapitalfraktionen), lehnte das türkische Großkapital im Verbund mit den internationalen Monopolen diese Pläne ab, weil sie darin eine unzulässige staatliche Intervention in die politische Form der Organisierung kapitalistischer Konkurrenz sahen.⁶ Aber trotz dieser Interessenkonflikte hat die türkische Bourgeoisie dem Regime ihre Unterstützung weiter gewährt, da die AKP nicht nur einen Neoliberalismus par excellence umsetzte, sondern zugleich mit ihrer Islamisierungsstrategie die Zustimmung der sunnitisch-konservativen Mehrheitsbevölkerung für ihre Politik sichern konnte.

Auch die neoosmanischen Ambitionen des Regimes, als Regionalmacht den Nahen Osten unter Kontrolle zu bringen, waren im Interesse der Kapitalfraktionen und dienten gleichzeitig strategischen Zielen des Westens. Die neoosmanische Politik war aber nicht der Ausdruck eines «politisch-ökonomischen Programms der islamischen Einheit», sondern das Ergebnis des Drangs der türkischen Bourgeoisie nach Kapi-

talexport und Erschließung neuer Märkte, gleichzeitig auch ein Teil des erbitterten Kampfes um die regionale Hegemonie. Bekanntlich scheiterten diese imperialen Gelüste der AKP kläglich.

Der AKP und den sie unterstützenden Kapitalfraktionen ging es nie um eine Abkehr vom Westen. Es wäre auch ein aussichtsloses Unterfangen. Wie sollte eine gesamte Volkswirtschaft vom Westen abgekoppelt werden, wenn das traditionelle Konsumverhalten der Bevölkerung, die Produktion, die Zuliefererindustrie, der Export, der militärisch-industrielle Komplex, selbst entlegene Werkstätten auf den Import westlicher Güter angewiesen sind? Das türkische Kapital, insbesondere «die vormals provinzielle Bourgeoisie», war seit der Gründung der Republik immer prowestlich orientiert. Innerhalb der türkischen Bourgeoisie hat nie eine «amerikanische Opposition» oder eine «antiamerikanische Mehrheit» existiert. Der sunnitische Islam diente immer der Absicherung der Klassenherrschaft und der Festigung der Partnerschaften im transatlantischen Bündnis.

DIE AKP IST DIE PARTEI DER TÜRKISCHEN BOURGEOISIE

Der gescheiterte Putschversuch und die Umbrüche danach haben bewiesen, dass alle Kapitalfraktionen die AKP-Regierung als ihre Interessenvertretung betrachten und deren Maßnahmen unterstützen. Enteignungen von Unternehmen, die als «Gülenisten» beschuldigt werden, wird nicht widersprochen. Im Gegenteil: Vertreter des türkischen Großkapitals wie der Vorstandsvorsitzende der Ford Otomotiv AG, Ali Koç, besuchten Erdoğan nach dem Putschversuch demonstrativ in seinem Palast und signalisierten, dass sie und ihre internationalen Partner planen, noch stärker in der Türkei zu investieren.⁷

Erdoğan und seine Regierung nutzen den Ausnahmezustand, um über Dekrete mit Gesetzeskraft weitere kapitalfreundliche Maßnahmen umzusetzen, die im Parlament nur mit Konzessionen durchgegangen wären. Während zuallererst Streiks verboten und die Banken gezwungen wurden, die Kreditzinsen niedrig zu halten, werden mit umfangreichen Gesetzespaketen Tatsachen geschaffen, die sämtliche parlamentarische Kontrolle oder den Rechtsweg, etwa bei Privatisierungsvorgängen, außer Kraft setzen. So wird zum Beispiel derzeit versucht, per Dekret eine «Türkische Vermögensverwaltungs-AG» zu gründen, die von allen Steuern befreit wäre und die einen «Vermögensfonds Türkei» bilden soll, der dann dem Ministerpräsidenten unterstellt wird. Weder die Börsenaufsicht noch der Rechnungshof, geschweige denn das Parlament könnten diese AG kontrollieren. In den Fonds sollen 200 Milliarden US-Dollar fließen, um Großprojekte zu finanzieren, wie den Bau von Autobahnen, den Istanbul-Kanal («Zweiter Bosphorus»), den geplanten Großflughafen in Istanbul oder das AKW in Akkuyu. Sämtliche Projekte, die vom Finanzministerium eine Einnahmegarantie erhalten haben, sollen in den Verantwortungsbereich dieser AG fallen.⁸ Die Mittel für diesen Fonds sollen über eine noch weitere Auspressung der Lohnabhängigen gewonnen werden. Es sind Zwangsversicherungsprämien vorgesehen, Sonderabgaben, erhöhte Verbrauchersteuern etc. Das alles in einem Land, in dem Großunternehmen niedrigste Steuern zahlen und rund 70 Prozent des Staatshaushaltes über indirekte Steuern finanziert wird. Dazu kommen die längst beschlossenen Unternehmenssubventionen und die Investitionsförderungen, von der gesetzlichen Entmachtung der eh

schwachen Gewerkschaften ganz zu schweigen. Kurz: Das AKP-Regime hat für nationale und internationale Monopole paradisiische Zustände geschaffen und will mithilfe des Ausnahmezustandes dieses Paradies stärker schützen.

FAZIT

Die aktuelle Entwicklung in der Türkei bestätigt die Voraussage, dass die AKP kemalistische und ultranationalistische Kräfte als Koalitionspartner gewinnen will beziehungsweise gewinnen muss. Längst werden Gespräche mit der kemalistisch-nationalistischen CHP (Republikanische Volkspartei) und der neofaschistischen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) geführt. Während die frei gewordenen Stellen in Ministerien und Staatsunternehmen sowie im Militär-, Justiz- und Polizeiapparat von vormals geschassten Bürokraten, Kemalisten und Nationalisten besetzt werden, haben die AKP, die CHP und die MHP eine Verfassungsänderungskommission gebildet und dabei demonstrativ die linke HDP (Demokratische Partei der Völker) ausgeschlossen. Selbst der ehemalige Intimfeind von Erdoğan, der Vorsitzende der türkischen Anwaltskammern, Metin Feyzioğlu, ein ausgesprochen kemalistisch-nationalistischer Hardliner, erklärte nach seinem Besuch im Präsidentenpalast: «Wir können den großen Schaden, der unserem Staat zugefügt worden ist, gemeinsam beseitigen. [...] Die Terrororganisationen PKK und die Gülen-Bewegung werden von den gleichen Kräften unterstützt. [...] Wir werden nach Atatürks Losung «Wenn es um das Vaterland geht, dann ist alles andere Nebensache» handeln.»⁹ Demnach scheint festzustehen, dass der türkische Nationalismus und die offene Kurdenfeindlichkeit die tragenden Elemente der neuen großen Koalition sein werden.

Gleich nach Beginn der Säuberungswelle gegen die Gülen-Bewegung und deren vermeintliche AnhängerInnen wurden die Angriffe auf linke und kurdische Institutionen wiederaufgenommen. Die Tageszeitung *Özgür Gündem*, die mehrfach das Ziel von Bombenattentaten war und 89 getötete JournalistInnen zu beklagen hat, wurde zum wiederholten Male verboten. Mehrere JournalistInnen, darunter die bekannte Schriftstellerin Aslı Erdoğan, wurden verhaftet. Vier Wochen nach dem Putschversuch ging es wie gewohnt weiter – diesmal mit Unterstützung der beiden bürgerlichen Oppositionsparteien. Erdoğan benötigt diese Unterstützung, da die AKP-Regierung trotz Parlamentsmehrheit nicht in der Lage ist, Stabilität zu schaffen, im Inneren um Legitimation kämpft und darum ringt, dem immensen politischen Druck von außen etwas entgegenzusetzen. Selbst der 15. Gründungstag der Partei wurde, obwohl vor Monaten große Feierlichkeiten angekündigt worden waren, lediglich mit einem bescheidenen Pflichtprogramm vor der AKP-Zentrale in Ankara begangen.¹⁰

Mehrere Wochen nach dem Putschversuch kann Folgendes konstatiert werden: Erdoğan's Präsidialsystempläne sind vorerst auf Eis gelegt worden. Es spricht vieles dafür, dass demnächst eine «Regierung der nationalen Einheit» mit der Teilnahme beziehungsweise Duldung von CHP und MHP gebildet wird und Verfassungsänderungen anstehen. Es spricht auch einiges dafür, dass das System des kemalistischen Laizismus erhalten bleiben wird. Kurz- oder mittelfristig wird sich die Türkei den westlichen Diktaten beugen müssen und so die strategischen Partnerschaften erneuern. Das parlamentarische System wird wohl Bestand haben, aber außer kosmetischen Retuschen ist keine weitere Demokratisierung zu erwarten. Möglicherweise wird die Lösung des

westlichen «Erdoğan-Problems» auf die nächsten Präsidentschaftswahlen vertagt werden.

Auch wenn eine faschistisch-islamistische Diktatur vorerst abgewendet scheint und dies durchaus als positiv zu bewerten ist, werden sich Chancen für emanzipatorische Kämpfe, Demokratisierungsschritte und Frieden nicht von selbst ergeben. Diese müssen erkämpft werden. Auf die Hilfe der EU oder die europäischen Regierungen zu hoffen, dafür gibt es keinen Anlass: Solange am derzeitigen kapitalistischen Verwertungssystem und an einer Zusammenarbeit in dem Kriegsbündnis NATO festgehalten wird, solange können sich die Herrschenden in der Türkei der Unterstützung aus dem Westen sicher sein.

Für linke und demokratische Kräfte in der Türkei und in Kurdistan gilt es weiterhin, die gewaltige Herausforderung zu meistern, ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aufzubauen. Erste Anzeichen dafür machen Hoffnung: Die Gewerkschaftskonföderationen DISK und KESK, Vereinigungen von ArchitektInnen, IngenieurInnen und ÄrztInnen, linke und sozialistische Parteien, darunter die EMEP (Partei der Arbeit) und HDP, die «Juni-Bewegung», Volkshäuser, die HDK (Demokratischer Kongress der Völker), der Menschenrechtsverein und zahlreiche alevitische Organisationen haben Mitte August 2016 gegen den Putschversuch und das Vorgehen der AKP-Regierung eine politische Plattform gebildet und erklärt, dass sie «ihre Kräfte gegen Faschismus, gegen Putsche und gegen Ausnahmezustände bündeln» wollen.¹¹ Der Türkei wäre es zu wünschen, dass aus diesem Bündnis eine Kraft entsteht, die in der Lage ist, eine gerechte, friedliche und demokratische Zukunft der Türkei zu gestalten.

Murat Çakır ist Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen, Publizist sowie Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *Infobrief Türkei* und des Herausgeberkreises der Zeitschrift *Marxistische Blätter*.

1 Savran, Sungur: Der Krieg zweier Putsche in der Türkei, August 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/der-krieg-zweier-putsche-in-der-tuerkei. 2 Siehe <http://murat-cakir.blogspot.com.tr/2016/05/die-metamorphose-des-kemalistischen.html>. 3 Gehring, Axel: Die Türkei vor einem Putsch?, April 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-tuerkei-vor-einem-putsch/. 4 Siehe www.dunya.com/ekonomi/ekonomi-diger/simsek-turkiye-batidan-kopmuyor-308985h.htm. 5 Siehe <http://gercekgazetesi.net/ulusal-sorun/kurtlerin-dostlari-kimlerdir>. 6 Siehe Babacan, Errol: Die Türkei nach den Wahlen – Politischer Autoritarismus und kapitalistische Dynamiken, 25.6.2015, unter: <http://infobrief-tuerkei.blogspot.com.tr/2015/06/die-tuerkei-nach-den-wahlen-politischer.html>. 7 Siehe Bericht der Tageszeitung *Cumhuriyet* vom 13. August 2016, S. 9. 8 So hat z.B. das Konsortium, das die Osman-Gazi-Brücke gebaut hat, eine tägliche Einnahmegarantie für 40.000 Durchfahrten erhalten. Derzeit wird die Brücke höchstens von 5.000 Fahrzeugen benutzt. Die Garantie läuft in 22 Jahren aus. Die Gebühr für eine Durchfahrt beträgt um die 35 US-Dollar. 9 Siehe <http://t24.com.tr/haber/metin-feyzioglu-devletimiz-buyuk-hasar-aldi-elimizi-uzattik-uzatilan-eli-de-tuttuk.355611>. 10 Siehe <http://aa.com.tr/tr/politika/ak-partinin-15-kurulus-yil-donumu-sade-bir-programla-kutlandi/628515>. 11 Siehe www.birgun.net/haber-detay/gucbirligi-platformu-fasizme-darbelere-ve-ohal-e-karsi-guclerimizi-birlestiriyoruz-123794.html

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 23/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: August 2016

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling